

Der Krieg – und die Folgen

Der russische Einmarsch in die Ukraine ist eine dramatische Zäsur. Die Auswirkungen sind in ihrer Gesamtheit noch gar nicht zu überblicken, aber sie werden fundamental sein.

Russland weitet seinen machtpolitischen Einfluss in der Welt rücksichtslos aus. Das Ziel von Zar Wladimir Putin: Er will die beherrschende Stellung seines Reiches in Europa zurückerobern und seine Wiederanerkennung als Weltordnungsmacht erzwingen. Diesem Streben dienen auch die intensivierten Kontakte zwischen Putin und dem chinesischen Machthaber Xi Jinping. Es besteht die Gefahr, dass sich aus einer neuen russisch-chinesischen Partnerschaft eine geballte autokratisch-diktatorische Antipode zum demokratischen Westen entwickelt.

In Europa müssen wir uns auf einen neuen Eisernen Vorhang einstellen: zwischen einem aggressiven, hochgerüsteten russischen Reich und den wieder stärker verteidigungsbereiten Nato-Staaten. Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen scheint nachhaltig zerstört. Zu schwer ist der Vertrauensbruch. »Putin hat jeden Kredit verspielt«, analysiert Johannes Varwick, Professor für Internationale Politik. »Wir müssen jetzt in langen Zyklen denken und wahrscheinlich wieder zu einer Denkweise kommen wie beim Ost-West-Konflikt, wo man eher über Jahrzehnte und Generationen nachdenkt als über Wahlperioden und kurze Zyklen.«

Deshalb muss sich Deutschland gemeinsam mit der EU neu orientieren. Uns muss klar sein: Die derzeitige Versorgung mit Energie und Rohstoffen genügt nicht, um unsere Herausforderungen wie Digitalisierung, Mobilität der Zukunft und Energiewende zu bewältigen.

Deshalb müssen wir uns die folgenden Fragen ehrlich beantworten: Wie lange halten wir Sanktionen durch? Auch ein Embargo von russischem Öl und Gas? Müssen wir die Energieversorgung in Deutschland komplett neu denken? Und welche Konsequenzen ziehen wir in der Rohstoffversorgung? Sind wir bereit, auch hier mit autokratischen oder gar gefallen Staaten in Afrika zusammenzuarbeiten? Setzen wir trotz heftiger Widerstände wieder vermehrt auf heimische Rohstoffe?

Und schließlich: Wollen wir ernsthaft unsere eigene Sicherheit dadurch untergraben, dass unsere Wehrtechnik über die EU-Taxonomie als sozial schädlich klassifiziert wird und sich daher Geschäftsbanken aus der Finanzierung verabschieden?

Kurz: Sind wir bereit, die neue Wirklichkeit zu akzeptieren und rational zu reagieren?

Die Antworten auf diese Fragen kommen nicht von selbst. Sie müssen von uns eingefordert und von der Politik gegeben werden. Das Rendezvous mit der Realität hat begonnen.

Ihr Manfred Gößl

Stand: 24. Februar 2022



Foto: Wolf Heider-Savall

Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern